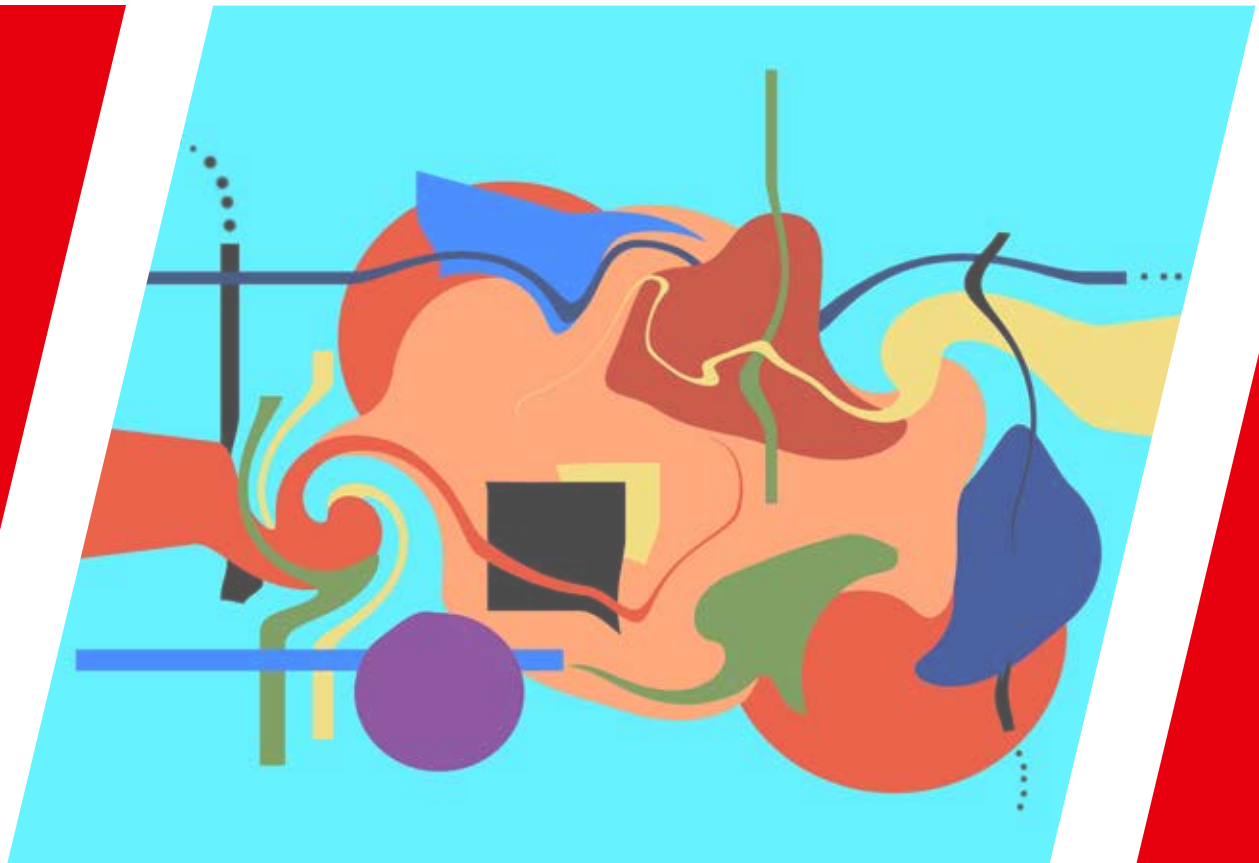


// NR. 3-2020 // ISSN 1615-5017



Aktiver Ruhestand

Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Landesverband Baden-Württemberg



2 INHALT

- 3 Auf ein Wort
- 4 Kurz notiert
- 5 Leserbriefe
- 6 Glückwünsche/Titelbild
- 7 Seniorenpolitik
- 9 Bildhaftes Gestalten – Hermann Kühl
- 10 Steuertipps/Aus der Geschichte
- 13 Auszeichnung Obermayer Award
- 14 Diskriminierung wegen Alter
- 15 Einladung zum Seminar in Wiesneck

Impressum

Aktiver Ruhestand, herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden-Württemberg.

Redaktion: Barbara Haas, Beatrix Boestel und Erwin Trunk

Anschrift: Barbara Haas, Wolfsbergallee 59, 75177 Pforzheim, Tel. (07231) 359055,

E-Mail: barbara.haas@gew-bw.de

Verlag: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 21030-70,

verantwortlich für Anzeigen: Sabine Ebert, Tel. 0711 21030-771, sabine.ebert@spv-s.de

Gestaltung: Alexandra Winter, DruckSache

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14, 73230 Kirchheim unter Teck

Herausgeber und Redaktion übernehmen keine rechtliche Verantwortung für die Angaben und Empfehlungen in dieser Publikation. Diese Informationen erscheinen regelmäßig (eine Ausgabe im Quartal).

Preis des Einzelexemplars: 1 Euro zzgl. Porto. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag zur GEW Baden-Württemberg abgegolten.

Die Redaktion dankt für alle Zuschriften. Leider können nicht alle abgedruckt werden. Sie sind aber jederzeit willkommen unter barbara.haas@gew-bw.de oder der Postadresse. AR

Titelfoto: Jochen Meisel

September 2020

Auf ein Wort



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

noch immer sind wir mitten in der Corona-Krise (Stand Juli 2020), wenn sich auch seit Ostern viel verändert hat. Zeit über Erfahrungen und Konsequenzen nachzudenken:

Es war und ist eine Herausforderung für jede*n Einzelne*n: Wir müssen weiter auf uns achten, sind aber weitgehend nicht mehr durch massive Einschränkungen gebunden (außer Mundschutz und Abstand). Auch unsere Freizeitaktivitäten sind noch eingeschränkt, z.B. Singen in Chören und Tanzen. Eltern in Pflegeheimen können wieder besucht werden, vor dem Umgang mit Enkeln wird nicht mehr gewarnt. Dennoch gibt es weiter Infizierte, wenn auch Baden-Württemberg inzwischen relativ gut dasteht.

Wir erhalten jeden Monat wie gehabt Pension oder Rente. Letztere wurde am 1. Juli nochmals kräftig erhöht, allerdings ist eine Nullrunde für 2021 schon angekündigt.

Wir gehören zu der Bevölkerungsgruppe, die in der Regel nicht beengt wohnt und einen höheren Bildungsstandard hat. Wir schützen uns, indem wir uns derzeit nicht in großen Menschengruppen bewegen, selten oder gar nicht Zug fahren und nicht fliegen. Wir können wieder Ausstellungen besuchen und Konzerte im Freien hören. Wir pflegen unseren Garten, haben Kontakte mit Familie und Freund*innen. Wertvolle Grundlagen, um die Pandemie gut zu überstehen.

Dennoch ist nichts, wie es einmal war, vieles ist in Bewegung geraten:

Gesungen wird vielerorts nicht mehr. Der Dank an Pflegekräfte ist verebbt. Das Leben normalisiert sich und die Euphorie der ersten Corona-Monate auch („Gemeinsam schaffen wir das!“, „Jetzt müssen wir zusammenhalten!“). Immer neue Studien über das Virus sind Richtschnur für das eigene Verhalten, verunsichern aber auch. Die Phase der Verschwörungstheorien und breiten Proteste scheint langsam abzuebben. Die Gerichte befassen sich zunehmend mit den Grenzen der Eingriffe in die persönliche Freiheit. Unsere Unsicherheiten betreffen vor allem die Zukunft: Begegnen wir den Maßnahmen des Staats noch mit Vertrauen, konstruktiver Kritik oder mit Misstrauen? Wie ist das Verhältnis zu unseren Mitmenschen?

Sind wir auf dem Weg zu mehr Solidarität?

Grundlegende Prinzipien unserer Gesellschaft sind in Bewegung geraten: Wir alle sind gefragt, die Demokratie zu bewahren; dazu gehört die Ablehnung von Rassismus und Rechtsradikalismus, aber auch ein gutes Augenmaß für die vorübergehenden Einschränkungen der Bürgerrechte.

Klimaschutz darf im Wiederaufleben der Wirtschaft nicht in Vergessenheit geraten. Die Digitalisierung betrifft uns ältere Menschen mehr denn je. Tarifverträge sollten mit großem Bedacht abgeschlossen werden, damit nicht die „kleinen Leute“ die Zeche zahlen müssen. Doch der Zusammenhalt der Generationen könnte dazu beitragen, dass alle Menschen auch in Zukunft „in Würde“ leben können.

Unser Thema war und ist die Bildung: Wir sollten uns auch als Ältere dafür einsetzen, dass die Leidtragenden der Krise nicht die Kinder aus ärmeren und bildungsferneren Haushalten sind, wir brauchen eine bessere Ausstattung der Bildungsstätten, eine gute Versorgung durch Fachkräfte und eine gemeinsame Strategie, die die Eltern einbezieht. Die Finanzierung der (digitalen) Ausstattung darf nicht mehr vom Träger (Gemeinde) alleine abhängen.

Und – die Frauen dürfen nicht wieder in die Rolle derer geraten, die allein für das Aufrechterhalten einer funktionierenden Familie sorgen.

GEW und DGB sowie die Seniorenorganisationen (BAGSO) haben innerhalb des Machbaren die Arbeit wieder aufgenommen. Das Kommunikationsmittel der Stunde sind Videokonferenzen. Nicht jede*r von uns war sofort dafür bereit, es fehlte an Kamera und Mikrofon. Der Gewinn dieser Zeit war für mich, dass ich mich zunehmend einarbeitete in die Online-Bewerkstellung meines Alltags. Aber ist das tatsächlich ein Gewinn?

Fazit: Es gibt viel zu überlegen und zu tun! Setzen wir uns für eine bessere Zukunft ein!

Barbara Haas

PS. Die Redaktion freut sich auf Zuschriften von Leser*innen zu dem ganzen Thema.

Kurz notiert

Programmänderung

Eugen-Rombach-Tage in der Corona-Zeit

Das Programm der ERT 2020 war schon fertig, als uns die Corona-Pandemie in den Griff nahm. Wir wurden als Risikogeneration abgestempelt, zu unserem Schutz zu Hause isoliert und sollten uns von unseren Enkeln fernhalten. In unserem freiwilligen Engagement konnten wir uns von jetzt auf nachher nicht oder nur noch teilweise einbringen. Niemand hat nach unserer Befindlichkeit oder nach unserer Meinung gefragt, nur langsam hat man sich auf die ‚entmündigten‘ Pflegebedürftigen in den Heimen besonnen.

Daher erscheint heute unser Tagungsprogramm mit dem Titel „Wir werden gebraucht!“ etwas fehl am Platz. Nach vielem Hin und Her haben wir uns entschieden, die ERT trotzdem mit rund 50-60 Teilnehmer*innen und den gebotenen Hygieneregeln durchzuführen. Das Programm wird im Wesentlichen mit den geplanten Referent*innen stattfinden, aber immer wieder auf die Corona-Zeit eingehen, die Erfahrungen damit reflektieren und deren Schlussfolgerungen für unsere eigenen Wertvorstellungen berücksichtigen. Was lernen wir aus dieser Zeit, was muss sich ändern? Wie wollen wir mit Corona leben? Und – wie wollen wir uns artikulieren?

Erika Braungardt-Friedrichs und Barbara Haas

Anmeldung vom 08.09.2020, 9 Uhr – 17.09.2020 unter www.gew-bw.de/e-r-t

Ausgefallenes

**Seminar „Neu im Ruhestand“;
Nachholseminar für das ausgefallene Seminar im März 2020**

Lang ersehnt – und nun? Perspektivenwechsel nach dem Eintritt in den Ruhestand mit Barbara Haas vom 09. November, 15.30 bis 10. November 2020, 16 Uhr im Löchnerhaus auf der Insel Reichenau

Für Kolleg*innen in der GEW Baden-Württemberg, die sich seit Sommer 2019 im Ruhestand oder in der Rente, in einem Freistellungsjahr vor dem Ruhestand oder in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden. Ausschreibung im Bildungsprogramm Herbst 2020 unter www.gew-bw.de/veranstaltungen

Im Seminar wird gemeinsam reflektiert, was die Teilnehmenden aus ihrem beruflichen, gewerkschaftlichen und privaten Leben mitbringen, was sich nun verändert hat und wo sie heute stehen, auch unter Berücksichtigung der Coronazeiten. Sie nehmen die eigenen Ziele und Wünsche für die Zukunft in den Blick und planen erste Schritte für ein langes erfülltes Altern.

Die Frage ist: Was wollen wir in Zukunft tun – vielleicht auch in der GEW? Außerdem kommt die Auseinandersetzung mit den neueren Erkenntnissen der Altersforschung über die vor uns liegende Phase unseres Lebens nicht zu kurz. Bedenkenswertes wie Verfügungen, Wohnformen, Nachbarschaftshilfe, Älter werden in der Kommune u.a. wird angesprochen. Die notwendigen Hygieneregeln werden beachtet, die Zahl der Teilnehmer*innen ist daher begrenzt.

Arbeitnehmer*innenfragen

Entlastung von gesetzlich krankenversicherten Betriebsrentner*innen lässt auf sich warten

Seit 1. Januar 2020 werden Rentner*innen durch einen Freibetrag bei den Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung entlastet. Durch die Einführung des Freibetrags von 159,25 Euro (im Jahr 2020) wird erst für höhere Betriebsrenten ein Beitrag erhoben. Nur für den übersteigenden Betrag sind dann Krankenkassenbeiträge in Höhe des bei der Krankenkasse geltenden Beitragssatzes zu zahlen. Das betrifft auch ehemalige Beschäftigte des Landes oder der Kommunen, die eine Rente von der VBL oder der ZVK beziehen. Die praktische Umsetzung des Freibetrags wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Eine Umsetzung zum 1. Januar 2020 war nicht möglich. Das Meldeverfahren zwischen den Krankenkassen und den Versorgungsträgern muss angepasst und dann bei den Versorgungsträgern, wie zum Beispiel der VBL, technisch umgesetzt werden. Dafür ist eine gewisse Vorlaufzeit erforderlich. Nachdem die Umsetzung erfolgt ist, wird der Freibetrag (unverzinst) rückwirkend bei allen Rentner*innen berücksichtigt.

Keine Änderung ergibt sich für freiwillig in der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung versicherte Rentner*innen.

*Inge Goerlich,
Vorstandsbereich Tarif-, Beamten- und Sozialpolitik*

Zuschriften von Leser*innen

Zu „Auf ein Wort“ 2-2020

„Für Ihren Artikel in der Zeitschrift der GEW „Aktiver Ruhestand“ in der Ausgabe 2-2020 möchte ich mich herzlich bedanken!

Sie sprechen mir aus der Seele, denn immer wird pauschal in Medien oder Interviews von der Risikogruppe der Älteren in diesen Coronazeiten gesprochen und dies zumeist mit einem negativen Unterton. Ich bin weit entfernt davon dies zu bestreiten, wenn Krankheit einen betrifft und einen die aktive Beteiligung am Geschehen Hindernisse in den Weg legt.

Ich habe selbst 45 Jahre sehr gerne in meinem Beruf gearbeitet und engagiere mich im Ruhestand ehrenamtlich. Diese ehrenamtliche Tätigkeit ist natürlich in dieser Coronazeit „weggebrochen“.

Wir Älteren dürfen nicht „stimmenlos“ in die Ecke gedrängt werden, wir sind voller Engagement und Einsatz. Und wir betrachten das Geschehen um uns herum mit großer Aufmerksamkeit und unserer jahrelangen Erfahrung.

Bleiben Sie bitte an diesem wichtigen Thema dran!

Dorothee Brauner-Langner

Die Redaktion: Eine DGB-Position zur „Corona-Krise und Senior*innen“ findet sich mit diesem Stichwort unter www.dgb.de

Umgang mit den Versorgungsrücklagen des Landes Baden-Württemberg

Barbara Haas stellte in ihrem Vorwort zum „Aktiven Ruhestand 4-2019“ fest: „Wir können uns engagieren für den Klimaschutz und die Regierung immer wieder zu spürbaren Veränderungen auffordern.“

Wir können uns beispielsweise für Transparenz in der Versorgungsrücklage unseres Landes einsetzen und das Anlegen der von uns erarbeiteten und als Steuerzahler*innen geleisteten Beiträge in nachhaltige, umweltschonende Anlagen fordern.

Nach Recherchen von Correctiv (siehe correctiv.org/aktuelles/klimawandel/2016/07/19, „Baden-Württemberg kann alles außer sauber investieren“) hat unser Finanzministerium – als finanzstärkster Rücklagenbildner im Bund – die Hälfte oder rund 2 Milliarden Euro in Unternehmensanleihen/Aktien bei Banken, investiert.

Beteiligungen in Unternehmen mit mangelnder Nachhaltigkeit und Umweltverschmutzung sind:

- die in Konzerne der fossilen Brennstoffausbeutung,

- BP, ENI (Agip) PEMEX, Shell, Siemens (Australien!);
- die in Konzerne des nachweislichen Diesel-Software-Betrugs, BMW, Daimler-Benz, VW;
- die in die Glyphosat-Bayer-SE und den Wasserspekulanten Nestlé;
- die in die krankmachenden Übergewichtförderer Coca-Cola und McDonalds;
- die in den mietpreistreibenden Wohnungskracken VONOVIA;
- die in den Cum-ex-Pionier Goldman Sachs;
- die in Morgan Stanley (s. ENBW-EDF-Deal mit Mappus und Notheis von Morgan Stanley!);
- die in Konzerne, die sich als SE oder Stiftung einer Besteuerung weitestgehend entziehen konnten, sich jedoch wachsenden Einfluss in unserem Schulsystem sichern, wie Apple, Microsoft, SAP SE, Würth Finance International (Hauptsitz Schweiz) und die Bertelsmann-Stiftung SE.

(SE= Societas Europaea – Rechtsform für Aktiengesellschaften in der Europäischen Union und im Europäischen Wirtschaftsraum)

Dabei wäre Devestment (der Ausstieg aus schmutzigen Investitionen) für unsere Versorgungsrücklagen Gebot der Stunde. Dazu folgende Fragen:

- Warum wird das Anlegen unserer Versorgungsrücklagen nicht transparent vom Finanzministerium veröffentlicht?
- Wer trifft die Wertpapierauswahl im oder für das grün geführte Ministerium? Wer sind die außerbehördlichen, privaten Fondsgesellschaften? Wo sind die 2018 behaupteten Nachhaltigkeitskriterien des Ministeriums nachzulesen, wo die Änderungen veröffentlicht?
- Gerät unser „Ländle“ durch die Aktienbeteiligungen nicht immer häufiger in die Fänge des weitgehend steuerbefreiten privaten Kapitals?
- Warum forciert die von Bürger*innen gewählte Landesregierung nicht eine gerechte, nachhaltige Bürgerversicherung, in die alle einzahlen?
- Möchten wir auf Kosten der weltweiten, gnadenlosen Ausbeutung der Natur oder durch die Mindestlöhne der McDonalds-Angestellten alimentiert, versorgt werden? „Wes´Burger ich ess´, des´ Lied ich sing?“

Wir sollten die Landesregierung zu „spürbaren Veränderungen“ auffordern.

PENSION WEITERDENKEN!

Richard Melling

Glückwünsche

Karl-Heinz Winkler zum 85. Geburtstag

Es ist uns eine große Freude, dem Kollegen Karl-Heinz Winkler zu seinem 85. Geburtstag zu gratulieren.

Schon während seiner Tätigkeit als Schulrat im Staatlichen Schulamt Freiburg war er als Leiter der südbadischen Fachgruppe der gewerkschaftlich organisierten Kolleg*innen im außerschulischen Bereich aktiv. GEW-Mitglieder an den Staatlichen Schulämtern und im Oberschulamt Freiburg erhielten durch ihn eine Stimme.

Er war für viele Jahre Bezirksvorsitzender der Mitglieder im Ruhestand der GEW Südbaden. Während dieser Zeit war er maßgeblich daran beteiligt, die Mitglieder im Ruhestand in den Kreisen des Bezirks Südbaden zu aktivieren und so die Bedingungen zu schaffen, dass sie sich mit ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen in die GEW einbringen konnten. Solidarität, Teilhabe am gesellschafts- und bildungspolitischen Leben, Unterstützung und ein respektvolles, anregendes Miteinander waren und sind ihm nach wie vor sehr wichtig.

Er brachte und bringt sich in seiner Heimatstadt Freiburg ein für seine Kolleg*Innen im Kreis, in Bezirks- und Kreisversammlungen sowie im DGB Arbeitskreis Senioren.

Wir haben ihn in besonderer Weise im Landespersonengruppenausschuss (LPGA) der GEW Baden-Württemberg als Vertreter der Südbadener Kolleginnen und Kollegen kennen- und schätzen gelernt.

Er hat sich äußerst liebenswürdig, herzlich und gradlinig in die Arbeit eingebracht. Sein wertschätzender Umgang und seine besonnene Arbeit auf der Grundlage breiter Erfahrungen haben uns allen gut getan. Wir sind froh und dankbar, dass er bis zum Frühjahr 2020 im LPGA ein geschätzter Mitstreiter war.



Wir wünschen ihm und seiner Familie für die Zukunft von Herzen Gesundheit und alles Liebe und Gute.

Margot Littwin, Gunter Krieger, Isabell Kuchta-Papp

Titelbild

Zur Person von Jochen Meisel

Jochen Meisel unterrichtete von 1980 bis 2010 an der GHWS in Stockach. Er war fast 30 Jahre lang für Englisch als Fachberater und Fortbildner in BW tätig. Nach einer Bandscheiben-OP betätigte er sich mit dem PC wieder künstlerisch. „Das Spielen mit Formen und Farben, das Ändern, Löschen, Ergänzen, bis das Ergebnis zufriedenstellend ist, ist mit dem Computer sehr gut machbar. Es trocknet keine Farbe ein, auch lästiges Pinselreinigen entfällt und es hält geistig fit.“ Seit über 10 Jahren erstellt er jährlich einen Kalender für Familie, Freunde und Bekannte. Der Kalender für 2020 steht als Download auf seiner Homepage bereit: www.jochen-meisel.de.

Zum Bild:

(Komposition 2020-01; PC-Grafik auf Leinwand 120 X 80)

Die abstrakten Bilder sind mit verschiedenen Bildbearbeitungsprogrammen erstellte Kompositionen. Kräftige Farben sind ein Ausdruck von Lebendigkeit und Lebensfreude. Schwarze Linien und Kontraste, wie „groß-klein“, „eckig-rund“, „gerade-krumm“ usw. verstärken diese Aspekte.

Viele der Bilder lassen sich drehen. Deshalb signiert er seine Bilder auf der Rückseite.

Jochen Meisel ist heute 73 Jahre alt.

Teilhabe älterer Menschen in einer zunehmend digitalisierten Welt, 3. Teil und Schluss

Grundsätze einer Digitalisierung im Hinblick auf ältere Menschen

„Eine durch Digitalisierung und Virtualisierung sich wandelnde Zivilgesellschaft benötigt einen öffentlichen und beteiligungsorientierten Diskurs über moderne Ethik und die Stellung des Menschen in technikgestützten Lebenswelten“ (Netzwerk „Sozialer Zusammenhalt in digitaler Lebenswelt“).

Ganz besonders für den Umgang mit künstlichen Intelligenzen (KI) müssen Regeln aufgestellt werden, die Menschen mit abnehmender Handlungsfähigkeit schützen und dem eigenen Willen der Betroffenen (auch bei Demenz) Rechnung tragen. Der Vorrang der Privatheit ist zu berücksichtigen. Maschinen dürfen nur in einem Rahmen handeln können, in welchem sie den Menschen nutzen und sie unterstützen.

Die Digitalisierung der Medien und der Einsatz künstlicher Intelligenz müssen den Menschen nützen. Das heißt für ältere Menschen, dass sie Erleichterungen und Verbesserungen im täglichen Leben haben, deren Sinn sie durchschauen. Gerade dies ist für Ältere schwierig und sie brauchen daher beim Umgang mit digitalen Medien und mit KI intensive Unterstützung. Hohe Lebensqualität, Erhalt der Gesundheit, selbstbestimmtes Wohnen, soziale Einbindung ins Wohnumfeld und Teilhabe haben oberste Priorität. Generell gilt: Der Verwendung digitaler Technik, von Robotik und künstlicher Intelligenz muss ein inklusives Menschenbild zugrunde liegen, das die Bedürfnisse Älterer als gleichberechtigt und gleichwertig ansieht und berücksichtigt.

Voraussetzung dafür ist ein freier Internetzugang für alle Menschen im öffentlichen Raum, in Rathäusern, Bildungseinrichtungen, in Mehrgenerationenhäusern und Seniorenwohnanlagen, in Banken, in GEW-Geschäftsstellen, besonders auch im ländlichen Raum. Gerade dort brauchen Senior*innen schnelles Internet, da sie sonst den Umgang scheuen. Die angesprochenen Institutionen sind dazu schnellstens umfassend auszurüsten.

Beratungsstellen und Weiterbildungsangebote muss es für alle älteren Menschen geben (z. B. auch im

Fortbildungsprogramm der GEW), wo sie individuell betreut werden. Alle Hilfs- und Unterstützungsangebote müssen gut vernetzt sein.

Dringend notwendig sind möglichst kostenfreie Angebote zum lebenslangen Lernen für alle älteren Menschen. Hierbei ist immer darauf zu achten, dass nicht allein der Umgang mit digitalen Werkzeugen im Mittelpunkt steht, sondern dass das Lernen in Gemeinschaft und das Entwickeln kritischer Distanz zu digitalen Techniken gleichrangige Ziele sind.

Es ist immer vom Engagement und den Interessen der Lernenden auszugehen:

- Einbeziehung vorhandener Kompetenzen – voneinander lernen,
 - Planung der Lerninhalte und Methoden gemeinsam mit den Lernenden,
 - Ermutigung zur Eigeninitiative in der Gruppe,
 - kontinuierliche Verantwortungsübertragung an die Teilnehmenden,
 - Moderation, Lernimpulse und Gestaltung einer lernförderlichen Umgebung durch die Lernbegleitung
- Die GEW muss diese Anforderungen aktiv unterstützen!

Es braucht eine gesetzliche Verpflichtung für Verkäufer digitaler Geräte, eine altersspezifische individuelle Einführung anzubieten. Die Hersteller müssen verpflichtet werden, umfassende und verständliche Hinweise zum Datenschutz zu geben.

Digitale Technik darf nicht dazu dienen, Menschen zu kontrollieren und aufgrund des Alters von Leistungen auszuschließen. Leistungen des Staates und der Privatwirtschaft dürfen nicht von ausschließlich digital erhobenen Daten mittels Algorithmen abhängig gemacht werden.

Im Gesundheitsbereich sind Eckpunkte für den Einsatz von Robotik und künstlichen Intelligenzen zu entwickeln. Dies gilt besonders für die Geriatrie, die Pflege und bei dementen Pflegebedürftigen. Pflege darf nicht in Abhängigkeit von selbstgesteuerten Maschinen geraten, Pflegepersonal soll dadurch entlastet aber nicht abgeschafft werden. Menschliche Fürsorge ist vorrangig, Kommunikation und Interaktion müssen oberstes Prinzip sein.

Es muss für alle Menschen möglich sein, die digitalen Angebote barrierefrei, analog und einfach zu nutzen: Buchung von Tickets bzw. Fahrkarten aller Art; Erledigung von Bankgeschäften; Bedienung von Kassen durch Personal; Face-to-face-Beratung in Geschäften; Beibehalt von analogem Postversand in Vereinen, Parteien und Gewerkschaften und Rückmeldung auf ebensolchem Weg.

Ausblick

Für die weitere Entwicklung von digitalen Systemen, Assistenzrobotern, Servicerobotern etc. wächst der Energiebedarf immens an, der derzeit noch zum größten Teil durch fossile Stromquellen bedient wird (Prof. Ertl; Weingarten; Quelle 2 siehe unten). Zum einen muss aus Gewerkschaftssicht kritisch hinterfragt werden, ob alles, was entwickelt werden kann, auch wirklich sinnvoll ist; zum anderen muss sich die Gewerkschaft intensiv für den Einsatz nachhaltiger Energiegewinnung einsetzen. Dazu ist der

Ausbau erneuerbarer Energien vorrangig und sind Investitionen in Wissenschaft und Forschung notwendig.

Bei der zukünftigen Entwicklung von Künstlicher Intelligenz wird es für unsere Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingt, dass (wie von der Europäischen Kommission gefordert) menschliches Handeln und menschliche Aufsicht immer Vorrang vor KI haben. (siehe Kasten). Der Mensch bleibt Entscheidungsträger und darf die Verantwortung für sein Handeln nicht an Maschinen abtreten. Gerade die Gewerkschaften müssen sich kritisch mit KI auseinandersetzen und immer wieder überprüfen, ob gewerkschaftliche Grundforderungen wie Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung gewährleistet sind oder uns in die Abhängigkeit von Algorithmen führen.

FB Seniorenpolitik

Europäische Union zu Künstlicher Intelligenz:

Sieben Voraussetzungen für eine vertrauenswürdige künstliche Intelligenz

Eine vertrauenswürdige künstliche Intelligenz muss alle geltenden Gesetze und Vorschriften einhalten und eine Reihe von Anforderungen erfüllen. Spezifische Bewertungslisten sollen dazu beitragen, die Erfüllung der einzelnen Kernanforderungen zu überprüfen:

- 1. Vorrang menschlichen Handelns und menschlicher Aufsicht:** Systeme künstlicher Intelligenz sollten gerechten Gesellschaften dienen, indem sie das menschliche Handeln und die Wahrung der Grundrechte unterstützen, keinesfalls aber sollten sie die Autonomie der Menschen verringern, beschränken oder fehlleiten.
- 2. Robustheit und Sicherheit:** Eine vertrauenswürdige künstliche Intelligenz setzt Algorithmen voraus, die sicher, verlässlich und robust genug sind, um Fehler oder Unstimmigkeiten in allen Phasen des Lebenszyklus des Systems künstlicher Intelligenz zu bewältigen.
- 3. Privatsphäre und Datenqualitätsmanagement:** Die Bürgerinnen und Bürger sollten die volle Kontrolle über ihre eigenen Daten behalten, und die sie betreffenden Daten sollten nicht dazu verwendet werden, sie zu schädigen oder zu diskriminieren.
- 4. Transparenz:** Die Rückverfolgbarkeit von Systemen künstlicher Intelligenz muss sichergestellt werden.
- 5. Vielfalt, Nichtdiskriminierung und Fairness:** Systeme künstlicher Intelligenz sollten dem gesamten Spektrum menschlicher Fähigkeiten, Fertigkeiten und Anforderungen Rechnung tragen und die Barrierefreiheit gewährleisten.
- 6. Gesellschaftliches und ökologisches Wohlergehen:** Systeme künstlicher Intelligenz sollten eingesetzt werden, um einen positiven sozialen Wandel sowie die Nachhaltigkeit und ökologische Verantwortlichkeit zu fördern.
- 7. Rechenschaftspflicht:** Es sollten Mechanismen geschaffen werden, die die Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht für Systeme künstlicher Intelligenz und deren Ergebnisse gewährleisten.

Quellen:

- 1: DIVSI: Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (www.divsi.de)
- 2: https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-ravensburg/weingarten_artikel,-eine-milliarde-serviceroboter-ben%C3%B6tigen-200-neue-kraftwerke-_arid,11077092.html



Zur Person

Seit August 2005 ist **Hermann Kühl** im Ruhestand, nachdem er über 40 Jahre unterrichtete, davon die letzten 33 Jahre an der Albert-Schweitzer-Schule in Herrenberg, einer Förderschule für Lernbehinderte. Vor zwei Jahren wurde er für 55 Jahre Mitgliedschaft in der GEW geehrt.

Schon als Kind malte und zeichnete er gerne, später kam er nur gelegentlich in den Ferien dazu. Die künstlerische Betätigung half ihm aber beim Entspannen und Kräfte sammeln für die nicht immer einfache pädagogische Arbeit. Im Ruhestand konnte er sich wieder stärker diesem Hobby widmen.

Er besuchte verschiedene Aquarellkurse in der Volkshochschule. In Workshops der Kunsthalle Tübingen konnte er Radierungen und Lithografien anfertigen. Seit einigen Jahren beschäftigte er sich verstärkt mit grafischen Arbeiten am PC und der Bearbeitung von Fotos.

Im Vorstandsteam der GEW-Mitglieder im Ruhestand im Kreis Böblingen ist Hermann Kühl für die Gestaltung der zwei Mal jährlich erscheinenden Veranstaltungsprogramme zuständig. Gerne organisiert er

auch den Besuch besonderer Kunstausstellungen. Im Februar nahmen an der Fahrt nach Schwäbisch Hall zum Museum Würth 36 Ruheständler*innen teil.

AR

Zwei Aquarelle von Hermann Kühl:

- Pfingstrosen
- Die „Steinernen Jungfrauen“ im Eselsburger Tal (Kreis Heidenheim)



Frei und franko – Steuertipps

Man glaubt ja gar nicht, was es alles an Nützlichem umsonst gibt. Man muss es nur wissen (und kann es dann – bei Bedarf – bestellen).

Die Bundesregierung und die Landesregierungen beziehungsweise die Fachministerien geben eine Vielzahl von Broschüren und Merkblättern heraus, die im Rahmen ihrer „Öffentlichkeitsarbeit“ in Behörden und Ämtern ausliegen, die man bei der jeweiligen „Versandstelle“ bestellen und sich zuschicken lassen kann oder die auch online im Internet abrufbar sind. Außerdem gibt es eine Reihe von „nichtamtlichen“, aber öffentlich (aus Steuermitteln) geförderten Institutionen, beispielsweise die Verbraucherzentralen, zu deren Auftrag es gehört, die Bürger*innen zu informieren, aufzuklären, fit zu machen.

Ein aktuelles Beispiel: Das Finanzministerium Baden-Württemberg bietet eine 115 Seiten umfassende, kostenlose Broschüre an: „Steuertipps für Seniorinnen und Senioren“. Dieser Steuerratgeber enthält eine Unmenge an Informationen, von praktischen Tipps und Hinweisen, speziell zugeschnitten auf die Zielgruppe der Älteren.

Das Büchlein liegt bei den Finanzämtern, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Seniorenbüros usw. aus. Die

Druckfassung kann online bestellt werden unter: <https://fm.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikationen/>. Dort ist sie auch als pdf-Datei abrufbar.

Die gedruckte Broschüre kann auch per Post beim Finanzministerium, Schlossplatz 4, 70173 Stuttgart, bestellt werden. Sie wird dann per Post zugeschickt.

Michael Rux



Siegfried Fiskus alias Serge Foder, ein Jude aus Stuttgart

Siegfried Fiskus alias Serge Foder wurde am 6.2.1926 in Stuttgart als Sohn von Leib (*22.4.1896 in Dynow/Polen) und Feige Fiskus (*26.10.1897 in Lisko/Polen) geboren. Er hatte einen Bruder Moritz (*7.7.1930 in Stuttgart) und eine Schwester Hella (*12.7.1923 in Stuttgart). Die Familie wohnte in Stuttgart in der Weimarstraße 15. Leib Fiskus' Firma meldete 1926 Konkurs an. Die Familie wanderte 1933 nach Frankreich aus (Belfort) und zog nach der Besetzung nach Aurillac (Cantal) in der zone libre. Die Eltern nahmen den Namen Skura an. Hella Fiskus versteckte sich außerhalb des Ortes.



„Als im Sommer 1942 schon die ausländischen Juden registriert und die Kisten für die kommenden Verhaftungen vorbereitet wurden, hat der Direktor des Lycée in Aurillac meinen beiden Söhnen angeraten, sich der drohenden Gefahr zu entziehen und auch dafür gesorgt, dass sie beide falsche Papiere bekamen. Er wirkte selbst bei der Ausstellung dieser Papiere mit. Meine beiden Söhne lebten unter dem Namen Foder und verließen Aurillac schon im September 1942, als die ersten Verhaftungen und Deportationen begannen. Sie flüchteten sich in die Gegend von Vichy, später Grenoble und dann nach Montélimar, wo leider mein ältester Sohn Siegfried als Jude erkannt, von den deutschen Truppen verhaftet und deportiert wurde. ... Mein Sohn Moritz konnte sich der Verhaftung entziehen.“ (Leib Fiskus 8.9.1959).



Fiskus, Siegfried, geboren am 06. Februar 1926, wohnhaft in Stuttgart, Emigration: 1933, Frankreich.

In Montélimar war Siegfried Fiskus ab 1943 Repetitor (répétiteur) an der l'école préparatoire militaire d'Epinal repliée a Montélimar und vermutlich an Aktionen der Résistance beteiligt (s. u.). Er wurde Ende Juni 1944 in Montélimar nach einer Hausdurchsuchung durch die Feldgendarmarie verhaftet. Er hatte Flugblätter versteckt, von denen nur eines gefunden wurde. Er kam am 25.6.1944 in das Gestapo-Gefängnis in Lyon und von dort nach Fort Montluc in die sog.

Judenbaracke. Am 1.7.1944 kam er nach Drancy und am 31.7.1944 mit dem Konvoi 77 von Drancy nach Auschwitz, wo ihm die Nummer B 3755 eintätowiert wurde.

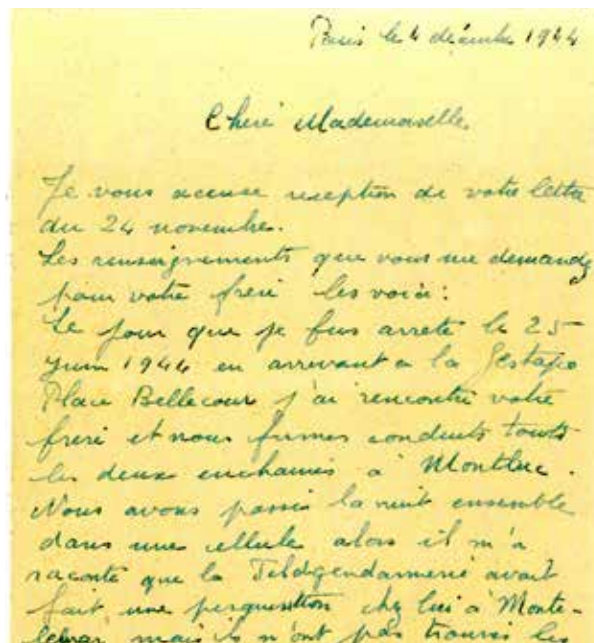
B- 3752	Fischer	Isi	10. 4.07
B- 3754	Fouks	Georges	5. 3.21
B- 3755	Foder	Serge	6. 2.26
B- 3756	Frajenberg	Henri	17. 1.29
B- 3757	Frajenberg	Walter	24. 2.04

Transportliste Auschwitz-Stutthof (ISD)

Der Konvoi erreichte Auschwitz am 3.8.1944.¹ Am 28.10.1944 kam er nach Stutthof (Stutthof-Nummer 99 386) und von dort im November 1944 nach Hailfingen (Natzweiler Nummer 40 576), wo er am 22.1.1945 starb, ins Massengrab gelegt und später auf den Tailfinger Friedhof umgebettet wurde. Hella Fiskus heiratete 1946 Jacques Genzel. Das Paar hat zwei Söhne: Marc Serge und David Maurice Genzel. Die Eltern wohnten noch 1958 in Aurillac und wanderten wohl 1968 nach Israel aus. Am 16.1.1956 stellte Leib Fiskus einen Antrag auf Wiedergutmachung für seinen Sohn Siegfried. Feige Fiskus starb am 9.3.1977 in Israel.

Marc Genzel fanden wir Anfang 2020; er hat seinen Besuch angemeldet und Dokumente geschickt, darunter einige Briefe an Hella Fiskus. Sie hatte nach der „libération“ (in Lyon Anfang September 1944) versucht herauszufinden, was mit ihrem Bruder geschehen ist.

Mr. Silbert, der Serge Foder im Juni 1944 in Lyon getroffen hat, schreibt am 4.12.1944 u. a.: „Le jour que je fus arrêté le 25 juin 1944 en arrivant a la Gestapo Place Bellecour ...“



„Am Tag (25.6.1944) als ich verhaftet wurde und bei der Gestapo an der Place Bellecour ankam, traf ich Ihren Bruder, und wir wurden angekettet nach Montluc gebracht. Wir verbrachten die Nacht zusammen in einer Zelle. Er erzählte mir, dass die Feldgendarmarie bei ihm in Montélimar eine Hausdurchsuchung gemacht hat; aber sie hätten die versteckten Flugblätter nicht gefunden, nur eines. In Montélimar wurde er von der Feldgendarmarie geschlagen. In Lyon ließen sie ihn in Ruhe. Er wurde nicht vernommen. Am Morgen des 26. Juni wurden wir beide in Montluc in die Judenbaracke gebracht. Er war zuversichtlich und blieb mit mir zusammen bis 1. Juli; an diesem Tag wurde er in einem Konvoi von 85 Juden nach Drancy gebracht.“

Sergent Sanouillet (l'état major régional von Lyon), Stempel am 30. ? 1944, schreibt, dass Serge Foder in einem „réseau“, vielleicht im MNCR (Mouvement national contre le racisme) war, einer Organisation der Résistance, die Kindern z.B. mit falschen Pässen half, denen die Deportation drohte. In einem Brief vom 13.3.1946 berichtet dieser Sergent, er habe beantragt, an die „passage“ von Serge nach Montélimar durch eine Gedenktafel zu erinnern. „L'Ecole d'Epinal a en effet accepté ma proposition de commémorer le passage à Montélimar de votre frère par une plaque...“

In einem Brief vom 27.6.1946 berichtet der Chef des Bataillon Guenin, dass die Tafel am 11.7.1946 ange-

bracht wurde: „Le nom de votre frère sera gravé sur cette plaque.“

75 Jahre später versuchte Marc Genzel mehr über die Zusammenhänge (v.a. bei Serge Foders Verhaftung) herauszufinden, u.a. beim Service historique de la Défense (SHD), dem zentralen Archiv des französischen Verteidigungsministeriums und der französischen Armee.

Volker Mall

¹ Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz 1939-1945, Reinbek 2', 2008, S.840.

Quellen: Liste von Deportierten aus Frankreich, Le mémorial de la déportation des Juifs de France, Serge und Beate Klarsfeld, Paris 1978 (dort mit dem Tarnnamen Foder) Nummernbuch (Foder) Transportliste Auschwitz-Stutthof Nr. 389 (Foder) HPK (Foder und falsche Adresse, falscher Geburtsort) Neue Informationen im April 2018 durch <http://www.convoi77.org>, danach Recherche von Elke Martin im Mai 2018 im StAL: StAL EL 350 I Büschel 30907, 30023, 51954, FL 300/33 I Büschel 5022, FL 300/31 III Büschel 4716 carte d'identité Scolaire 1942/1943 Serge-Francois Foder, geb. 6.2.1926 in Belfort mit FOTO BA (Gedenkbuch) und vom Mémorial de la Shoah übernommen: „Fiskus, Siegfried, geboren am 06. Februar 1926, wohnhaft in Stuttgart, Emigration: 1933, Frankreich.“



<https://www.deportesdelyon.fr/les-archives-par-famille-a-m/siegfried-fiskus> (2)

Foto: Marc Genzel, Klasse der der l'ecole préparatoire militaire, Siegfried Fiskus sitzend in der ersten Reihe der 2. von links

„Jede*r hat die Chance etwas Gutes zu tun“

// Seit 20 Jahren wird im Abgeordnetenhaus zu Berlin am 27. Januar, dem Auschwitz-Gedenktag, der Obermayer Award verliehen. Dieses Jahr war unser Kollege Norbert Giovannini aus Heidelberg unter den Ausgezeichneten. Verliehen wird diese Auszeichnung „für herausragendes Engagement zur Bewahrung jüdischer Geschichte und zur Bekämpfung von Vorurteilen in der heutigen Zeit“. Der Obermayer Award wurde im Jahr 2000 von dem amerikanischen Unternehmer Dr. Arthur S. Obermayer (1931-2016) und seiner Frau ins Leben gerufen. Die Preisverleihung in Berlin wird durch das Berliner Abgeordnetenhaus finanziell und organisatorisch unterstützt. Co-Sponsor ist das Leo Baeck Institut (New York). //

„In den vier Büchern und zahlreichen Artikeln, die Norbert Giovannini im Laufe seiner 30-jährigen Tätigkeit geschrieben hat, widmet er sich unermüdlich der Erforschung, Rekonstruktion und öffentlichen Vermittlung der jüdischen Vergangenheit Heidelbergs. Er hat die Geschichte des jüdischen Lebens in der Stadt dokumentiert und von 1996 bis 2016 Besuche von ehemaligen jüdischen Bürgern und ihren Nachfahren mitgestaltet,“ heißt es auf der Internetseite der Stiftung (www.obermayer.us/award).

Nicht wenigen jüngeren und älteren Kolleg*innen dürfte Norbert Giovannini bekannt sein. Der promovierte Grund- und Hauptschullehrer ist seit über 50 Jahren GEW-Mitglied. Viele Jahre war er Mitglied im Örtlichen Personalrat und später als Lehrkraft am Staatlichen Seminar Mannheim Personalratsvorsitzender und auch zeitweise Mitglied im Hauptpersonalrat außerschulischer Bereich beim Ministerium. Trotz seines vielfältigen beruflichen Engagements – auch in der Lehrerfortbildung – fand er immer Zeit sich seinem „Hobby“ zu widmen: gemeinsam mit Menschen aus dem Heidelberger Geschichtsverein die Geschichte dieser Stadt von der Weimarer Zeit bis heute zu erforschen und zu dokumentieren.

Bei den vielfältigen Gesprächen mit Überlebenden des Holocaust stieß er bei diesen immer wieder auf eine ähnliche Aussage: sie alle erzählten von Menschen, die sich anders verhalten haben, die Hilfe leisteten, im Großen oder auch im Kleinen. Und so wurde aus diesen Berichten schließlich ein neues Buch: „Stille Helfer – eine Spurensuche in Heidelberg“, erschienen 2019 im Kurpfälzischen Verlag. In biografischen Skizzen von über zwanzig Personen zeigen die Autor*innen gelebte Mitmenschlichkeit. Es sind in Heidelberg bekannte Persönlichkeiten wie der Pfarrer Hermann Maas oder die Schulgründerin Elisabeth von Thadden, aber auch der Wäscherin Frieda Müller

aus Ziegelhausen wird ein Kapitel gewidmet. Ebenso wird das Engagement jüdischer Helfer wie des Volksschullehrers Hermann Durlacher gewürdigt. Giovannini ist es wichtig, auf positive Vorbilder zu setzen. „Sie repräsentieren für mich Moral und gute Gesellschaft“, sagt er und will damit zeigen, dass „jede*r die Chance hat etwas Gutes zu tun“.

Hildegard Klenk



Foto: Verleihung des Obermayer Award am 27. Januar 2020 (von links nach rechts): Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Norbert Giovannini, Felix Pawlowsky, Heidelberger Lupe e.V., Verena Meier, Heidelberger Lupe e.V. und Karen S. Franklin, Präsidentin der Jury der Obermayer-Foundation.

Norbert Giovannini (Hg.)
Stille Helfer - eine Spurensuche in Heidelberg 1933 – 1945
Kurpfälzischer Verlag

Diskriminierung wegen Alter

Führerscheinabgabe mit 80: Ja oder nein?

Ältere Menschen spielen allein schon durch die demografische Entwicklung als Teilnehmer*innen im Straßenverkehr eine immer größere Rolle. Die Führerscheinabgabe mit 80 wird in letzter Zeit zunehmend kontrovers diskutiert.

Die Bedenken, dass ältere Menschen durch den Alterungsprozess zunehmend physisch und psychisch beeinträchtigt sind, haben zur Folge, dass sie als große Gefährdung für sich selbst und andere im Straßenverkehr beim Autofahren betrachtet werden. Mangelnde Seh-, Hör-, Konzentrations- und Wahrnehmungsfähigkeit verbunden mit erhöhter Medikamenteneinnahme werden als Argumente angeführt.

Entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass ältere Autofahrer*innen (65+) mehr schwere Unfälle verursachen, zeigen die Unfallstatistiken ein anderes Bild. Grundsätzlich verursachen ältere Menschen absolut weniger Unfälle als andere Alterskohorten (Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V.). Gleichwohl sind ältere Menschen statistisch betrachtet ab 75 meist Hauptunfallverursacher, sofern sie in einen Unfall verwickelt sind. Es fehlen leider aktuelle statistische Angaben über Unfälle mit 80-Jährigen. Die Verkehrswacht weist auf die Erkenntnis hin, dass bei Fahrsicherheitstrainingsstunden beobachtet wurde, dass 80-Jährige weitaus agiler sind als 60-Jährige.

Das Alter allein ist somit kein Entscheidungskriterium für die Feststellung der Fahrtauglichkeit. Zudem ist es erwiesen, dass ältere Menschen zunehmend geistig fitter und gesünder sind als jüngere Menschen früher.

§ 31 StVZO (1): Wer ein Fahrzeug fährt, muss zur selbständigen Leitung geeignet sein.

Diese Eignung ist unabhängig von der Gültigkeit der Fahrerlaubnis. Wer volljährig ist und den Führerschein hat, darf ihn – nach üblichen Regeln – behalten. Die Forderung, den Führerschein ab einem bestimmten Alter (z.B. mit 80) abgeben zu müssen, würde eine Benachteiligung bedeuten und wäre somit eine Diskriminierung. Altersdiskriminierung liegt gemäß einer Studie „Ich? Zu alt? – Diskriminierung älterer Men-

schen“ (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.) vor, wenn älteren Menschen Zugänge zu Gestaltungsspielräumen und Dienstleistungen erschwert oder gar verwehrt werden.

Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht. Auch ältere Menschen haben ein Recht auf eine selbstbestimmte Lebensgestaltung und somit eine würdevolle Behandlung.

Das Fahren mit dem Auto – insbesondere auf dem Land – ist eine Grundvoraussetzung, damit ältere Menschen weiter eigenständig leben können. Zudem ist mit einem Anstieg der Mobilitätsbedürfnisse bei älteren Menschen zu rechnen. Ebenso steigen die Mobilitätsnotwendigkeiten zur Erschließung der verschiedensten Ressourcen der Außenwelt.

Aus philosophischer Sicht betrachtet müssen alle Gesetze dem Allgemeinwohl dienen. Dabei stehen sich gegenüber: „Recht auf Selbstbestimmung/Freiheit“ und „Nutzen/Schaden für die Gesellschaft“. Das bedeutet, bei jedem Gesetzentwurf werden utilitaristische Gedanken mit einbezogen; d.h. diejenige Handlung bzw. Handlungsregel ist moralisch richtig, deren Folgen für das Wohlergehen aller Betroffenen optimal sind. Die oben aufgeführten Fakten und Beispiele belegen die Einschätzung, dass das Behalten des Führerscheins ab 80 die Selbstbestimmung der älteren Menschen rechtfertigt und kein gravierender Schaden für die Allgemeinheit zu erwarten ist. Ebenso weist das hedonistische Kalkül darauf hin, dass das Ziel der Gesetzgebung sein muss, die Befriedigung des Menschen zu erhöhen und Schmerzen zu verhindern.

Wie in einigen anderen Ländern wäre es eine konstruktive Maßnahme auch in Deutschland, auf freiwilliger Basis für Menschen ab 75+, die ihre Fahrtauglichkeit eingeschränkt sehen, folgende Angebote zu unterbreiten: Allgemeine Infos zur Fahrtauglichkeit, ärztliches Attest, Fahrstunde, Fahrsicherheitstrainingstunde, Fahrfitnesscheck etc. Bezüglich eines Fahrtrainingsangebots im Alter kann man u.a. auf Erkenntnisse der Gerontologie hinweisen, dass ältere Menschen zur Weiterentwicklung gute Bedingungen haben, es verändert sich lediglich das Lernverhalten

bzw. die Lernfähigkeit. Es ist wissenschaftlich belegt, dass Menschen grundsätzlich bis ins hohe Alter lernfähig sind. Auch aus neurologischer Sicht wird bestätigt, dass sich bis ins 8. Lebensjahrzehnt durch Training neue Synapsen bilden. Also spricht alles für ein erfolgreiches Fahrtraining auch ab 75+.

Zusammenfassend wäre zu sagen, dass alle oben betrachteten Argumente und Fakten überzeugen, die Forderung „Führerscheinabgabe mit 80“, abzulehnen. In einem alternden Land muss die Politik mit Älteren eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fördern. Sie ist ein Schlüssel zum Glück.

Barbara Wachter

Barbara Wachter wohnt in Rheinland-Pfalz, sie ist seit 2017 pensioniert (Rektorin a. D.) und hat im Jahr 2019 erfolgreich ein Studium „Geragogik“ an der PH Karlsruhe abgeschlossen. In diesem Jahr führt sie das Studium fort mit „Theologie und Philosophie im Alter“.



Einladung ins Studienhaus Wiesneck Thema: Militarisierung – in unserer Gesellschaft und weltweit

Weltweite Aufrüstung, Kündigung von Abrüstungsverträgen und die militärische Austragung von Konflikten – das alles führt zu immer größerer Besorgnis.

Was sind die Ursachen? Und wie stark ist die Friedensbewegung, was tut sie und was kann sie bewegen?

Referenten:

Andreas Zumach – freier Journalist und Publizist
Hagen Battran – GEW- Friedensaktivist, ehemaliger Vorsitzender der GEW Südbaden
Jürgen Grässlin – GEW, Rüstungsgegner, Publizist

Organisatorisches:

Das Seminar findet statt von
Samstag, den 28. November 2020, 9.00 Uhr bis zum
Sonntag, den 29. November 2020, 17.00 Uhr
 im Studienhaus Wiesneck in Buchenbach bei Freiburg,
 Wiesneckstr.6
Mit einer Übernachtung.
 Unterbringung im Einzelzimmer (auf Wunsch auch Doppelzimmer)

Kosten:

Der Tagungsbeitrag beträgt 30 €, die Übernachtungs- und Verpflegungskosten übernimmt die GEW; Nichtmitglieder zahlen zusätzlich die Übernachtungs- und Verpflegungskosten. Die Anfahrtskosten trägt jede*r selbst. Bitte geben Sie unter Bemerkungen an, wenn vegetarische Kost gewünscht wird.

Anmeldung:

Anmeldeschluss: 1. November 2020 (maximal 25 Plätze stehen zur Verfügung)
 GEW-Mitglieder aus Südbaden werden bevorzugt berücksichtigt. Bei genügend freien Plätzen werden auch Anmeldungen aus anderen Bezirken angenommen.
 Da nur eine beschränkte Anzahl von Plätzen zur Verfügung steht, entscheidet der Eingang der Anmeldung über die Teilnahme.

online unter gew-bw.de/suedbaden oder
 postalisch: **GEW Südbaden Wölflinstr.11**
79104 Freiburg i.Br.

Isabell Kuchta-Papp



www.gew-bw.de

Südd. Pädagogischer Verlag
Postvertriebsstück E 9307 F

Silcherstr. 7a, 70176 Stuttgart
DP AG Gebühr bezahlt